



Rubrik vom 30. Juni 2005

## **Gewerbeverband der Stadt Zürich**

### **Gewinner sind die Staatskassen**

#### **Der neue Lohnausweis: schlecht für alle, ausser für die Staatskassen**

Das Volk will keine Steuererhöhungen mehr. Also greift die Schweizerische Steuerkonferenz in die Trickkiste: Ein neuer Lohnausweis ist geboren. Die Wegleitung zum neuen Lohnausweis hat 22 Seiten, und das ist auch nötig, denn neu soll praktisch jede Zuwendung des Arbeitgebers an den Arbeitnehmer steueramtlich erfasst und natürlich auch besteuert werden. Grundsätzlich sind «alle geldwerten Vorteile zu deklarieren, die dem Arbeitnehmer im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis zugeflossen sind». Also will das Steueramt zum Beispiel wissen, wie viele Kilometer gefahren und vergütet werden, ob der Arbeitnehmer direkt oder vom Büro aus zu den Kunden fährt, ob es eine Kantine gibt, oder etwa ein Personalrestaurant – und zwar unabhängig davon, ob der Arbeitnehmer dort isst oder nicht... und wenn die Chefs beim Ausfüllen Probleme haben, dürfen sie jederzeit die Steuerverwaltung anrufen (Seite 5, Buchstabe G der neuen Wegleitung!).

Sinn und Zweck dieser Kleinlichkeit ist klar: Je mehr erfasst wird, desto höher wird das steuerbare Einkommen. Das Problem ist auch klar: Je mehr Zeit, Geld und Energie ein Unternehmen aufwendet, um Formulare auszufüllen, desto weniger Zeit, Geld und Energie hat es, um Geld zu verdienen und Rendite zu erwirtschaften. Die systematische Erfassung der Gehaltsnebenleistungen wird vor allem für kleine Unternehmen erhebliche Mehraufwendungen zur Folge haben. Viele KMU werden gezwungen sein, bestehende Lohnprogramme anzupassen oder neu ein solches Instrument zu beschaffen. Die Auslagerung an Treuhänder oder Steuerberater verursacht ebenfalls erhebliche Kosten. Der neue Lohnausweis ist ein Paradebeispiel dafür, dass trotz stetiger Versprechen der Politik, die KMU vom Formulkrieg zu entlasten, leider genau das Gegenteil passiert. Auch für die Arbeitnehmenden wird der neue Lohnausweis zum Bumerang. Sie haben höhere Steuern zu zahlen oder müssen die Streichung bisheriger Leistungen hinnehmen. Gewinner sind einzig die Hüter der Staatskassen.

Darum kämpft der Kantonale Gewerbeverband mit allen Mitteln gegen die Einführung des neuen Lohnausweises: Im Nationalrat sind vier Vorstösse hängig, welche in der Sommer- oder Herbstsession behandelt werden sollen. Die Kantone Baselland und Zürich lancieren gleichzeitig die Volksinitiative «Schluss mit weiteren KMU-Schikanen», welches eine Vereinfachung des Lohnausweises fordert und gleichzeitig verhindern will, dass die Steuerlast für Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch höher wird. Formulare zur Volksinitiative finden Sie unter [www.kgv.ch](http://www.kgv.ch).

Richard Späh, Präsident  
Gewerbeverband der Stadt Zürich  
[www.gewerbezuersch.ch](http://www.gewerbezuersch.ch)